

Prüfantrag zum Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 17. September 2026**Barrierefreiheit bei Arztpraxen, Physiotherapien und sonstigen
medizinischen Einrichtungen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Meyer,

sehr geehrter Herr Beigeordneter Leidig,

sehr geehrte Damen und Herren des Ausschusses für Soziales und Gesundheit,

Alter, Krankheit, Behinderung oder Verletzung – die Gründe, weshalb Menschen dauerhaft oder vorübergehend auf einen Rollstuhl, Rollator oder andere Hilfsmittel angewiesen sind beziehungsweise im Alltag taktile Leitelemente sowie akustische oder optische Signale benötigen, sind vielfältig. Die damit verbundenen Barrieren werden häufig erst dann wahrgenommen, wenn man selbst oder Angehörige davon betroffen sind.

Im öffentlichen Raum bestehen nach wie vor zahlreiche Hindernisse. Abgesenkte Bordsteine werden durch parkende Fahrzeuge blockiert, Gehwege durch abgestellte Fahrzeuge teilweise unpassierbar gemacht. Besonders problematisch stellt sich die Situation jedoch im Bereich der medizinischen Versorgung dar.

Nach unserer Einschätzung bestehen im Stadtgebiet Frankenthal weiterhin Defizite bei der Barrierefreiheit medizinischer Einrichtungen. Rückmeldungen betroffener Bürgerinnen und Bürger sowie eigene Beobachtungen deuten darauf hin, dass einige Arztpraxen, Physiotherapien und weitere medizinische Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen nur eingeschränkt oder gar nicht zugänglich sind. Stufen im Eingangsbereich, fehlende Rampen oder andere bauliche Barrieren erschweren den Zugang teilweise erheblich. Betroffen sind dabei nicht nur Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, sondern auch Menschen mit Rollatoren, Gehbehinderungen, vorübergehenden körperlichen Einschränkungen sowie Seh- oder Hörbeeinträchtigungen.

Auch die Nutzung von Krankenfahrdiensten gestaltet sich mitunter schwierig. Bei der Buchung entsprechender Fahrten muss häufig angegeben werden, wie viele Stufen an Arztpraxen oder anderen Einrichtungen überwunden werden müssen, da dies den erforderlichen Unterstützungsaufwand für die Fahrerinnen und Fahrer beeinflusst. Dies verdeutlicht die praktische Bedeutung barrierefreier Zugänge zur medizinischen Versorgung.

Die Kassenärztliche Vereinigung bietet auf ihrer Internetseite einen Praxisfinder an, mit dem gezielt nach Ärztinnen, Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gesucht werden kann. Über verschiedene Filteroptionen lassen sich auch Praxen mit barrierefreien Zugängen entsprechend der jeweiligen Beeinträchtigung oder des individuellen

Unterstützungsbedarfs anzeigen. Die zugrunde liegenden Daten stammen aus dem Bundesarztregister und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Aktualität. Darüber hinaus stellt die Kassenärztliche Vereinigung eine Patientenservice-Hotline zur Verfügung, über die entsprechende Auskünfte eingeholt werden können. Physiotherapien und vergleichbare medizinische Einrichtungen im Stadtgebiet sind über dieses Angebot jedoch nicht erfasst.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung, den Stand der Barrierefreiheit von Arztpraxen, Physiotherapien und weiteren medizinischen Einrichtungen im Stadtgebiet Frankenthal zu erfassen beziehungsweise vorhandene Informationen systematisch zusammenzuführen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit anzustoßen.

Daher bitten wir die anderen Fraktionen um Zustimmung zu folgendem Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den Stand der Barrierefreiheit bei Arztpraxen, Physiotherapien und vergleichbaren medizinischen Einrichtungen im Stadtgebiet zu erfassen beziehungsweise bei den Einrichtungen abzufragen,
2. zu prüfen, ob hierzu bereits Untersuchungen, Erhebungen oder sonstige Erkenntnisse vorliegen,
3. die Ergebnisse sowie Informationen zum Praxisfinder und zur Patientenservice-Hotline der Kassenärztlichen Vereinigung auf der Internetseite der Stadt Frankenthal durch entsprechende Verlinkungen öffentlich zugänglich zu machen, damit Betroffene und Angehörige sich vorab über die Erreichbarkeit der Einrichtungen informieren können,
4. den Beirat für Menschen mit Behinderungen sowie weitere Interessenvertretungen in die Prüfung einzubeziehen.

Eine möglichst barrierefreie medizinische Versorgung ist eine wesentliche Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und trägt maßgeblich zur Lebensqualität vieler Bürgerinnen und Bürger bei. Angesichts des demografischen Wandels wird die Bedeutung dieses Themas in den kommenden Jahren weiter zunehmen.

Für die FWG-Fraktion



Fraktionsvorsitzende

Sabine Merz

Ratsmitglied